

28.01.2008 / Schwerpunkt / Seite 3

»Eine Katastrophe für den Klimaschutz«

In Dänemark ist offenbar Konsens, den staatlichen Energiekonzern DONG zu privatisieren. Gespräch mit Frank Aan

Wolfgang Pomrehn

Frank Aan sitzt für die sozialistische Einheitsliste/Die Rot-Grünen im Kopenhagener Folketing, dem dänischen Parlament. Die Einheitsliste ist Anfang der 1990er aus dem Bündnis verschiedener kommunistischer und sozialistischer Organisationen entstanden. Bei der letzten Wahl erhielt sie 2,2 Prozent der Stimmen

Der dänische Konzern DONG Energy will ein 1600-Megawatt- Kohlekraftwerk im Nordosten Deutschlands bauen. Warum nicht in Dänemark?

In Dänemark ist so etwas - zumindest im Augenblick noch - verboten. DONG hatte sich eigentlich an einem Offshore-Windpark in der Ostsee beteiligen sollen. Aus diesem Vorhaben hat sich der Konzern jedoch zurückgezogen und statt dessen nun ein anderes Projekt ausgewählt, daß der Vorstand für profitabler hält: Ein Kohlekraftwerk in Deutschland.

Was halten die Menschen in Dänemark von diesen Plänen? Weiß die Öffentlichkeit davon?

Die Zeitungen haben darüber geschrieben, und es gab einige Proteste, weil in Kohle statt in Wind investiert wird. Leider sind diese Proteste aber zu schwach. Nur wenige Menschen stellen in Frage, daß DONG wie ein normales kapitalistisches Unternehmen geführt wird und vor allem einen maximalen Gewinn erzielen soll.

Der dänische Staat hält einen 73-Prozent-Anteil an DONG Energy. Könnte die Regierung die Pläne in Lubmin stoppen?

DONG wurde vom Staat geschaffen; der hält die Mehrheit, also könnte die Regierung auch die Konzernpolitik bestimmen. Genau das ist unsere Forderung. Wir wollen, daß DONG in öffentlicher Hand bleibt und daß der Vorstand mehr Verantwortung für den Klimaschutz zeigt.

Es wird davon gesprochen, daß die regierenden neoliberalen Parteien den Konzern privatisieren wollen.

Was wären die Folgen für Dänemarks Energiepolitik? Gibt es Widerstand gegen die Privatisierung?

In gewisser Weise ist DONG bereits privat, insofern, als der Konzern eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist. Bisher sind die Gesellschafter aber der Staat und andere Gesellschaften, die ihrerseits im öffentlichen Besitz sind. Leider sind sich alle Parlamentsparteien von der Sozialistischen Volkspartei bis zur Dänischen Volkspartei von der äußersten Rechten einig, daß Anteile an private Investoren verkauft werden sollen. Die hätten einen gesetzlichen Anspruch darauf, daß die Konzernpolitik allein dem Gewinn dient. Nur die Einheitsliste ist gegen die Privatisierung. Wir konnten immerhin die Entscheidung, die eigentlich schon im Herbst hätte fallen sollen, verzögern. Dann kamen die Wahlen dazwischen. Schließlich hat die negative Entwicklung an den Aktienmärkten dazu geführt, daß die Regierung letzten Montag den Verkauf der Anteile, der eigentlich an diesem Tag beginnen sollte, verschob.

Sollte es dennoch demnächst zum Verkauf kommen, dann wird das eine Katastrophe für den Klimaschutz: Der größte dänische Energieerzeuger wird privatisiert, und in seiner Unternehmenspolitik wird künftig der Gewinn vor dem Klimaschutz rangieren. Es gibt Widerstand gegen diese Entwicklung, aber der hat es schwer, sich gegen den breiten politischen Konsens durchzusetzen.